

SDG 4: Hochwertige Bildung

Die Sustainable Development Goals

Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben 2015 die 2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung verabschiedet, welche die 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung – Sustainable Development Goals (SDGs) – enthält. Die SDGs vereinen gleichrangig soziale, ökologische und ökonomische Aspekte einer als umfassend und strukturell transformativ gesehenen nachhaltigen Entwicklung. Die Verantwortung für die Umsetzung der Ziele liegt sowohl im Inland als auch auf internationaler Ebene. Die österreichische Bundesregierung hat mit dem Ministerratsbeschluss von Jänner 2016 die Bundesministerien zu einer kohärenten Implementierung



der Agenda 2030 beauftragt. Der von der Bundesregierung gewählte Mainstreaming Ansatz verpflichtet die Ministerien zu einer sinnvollen Berücksichtigung der 17 Nachhaltigkeitsziele und ihrer 169 Unterziele (Targets) in existierenden Strategien und Programmen, sowie zur Ausarbeitung entsprechender Aktionspläne. Dabei sollen relevante staatliche Kooperationspartner auf Bundes-, Landes-, Städte- und Gemeindeebene sowie Sozialpartner, Zivilgesellschaft und Wissenschaft eingebunden werden.

Fünf maßgebliche Dimensionen der Agenda 2030; (c) www.education21.ch - Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Bildung ist für die Erreichung aller SDGs entscheidend

Laut UNESCO stützt Bildung Lernende aller Altersgruppen mit den notwendigen Fähigkeiten und Werten aus, um verantwortliche Weltbürger*innen zu sein. Bildung ist eines der mächtigsten Instrumente, um Armut zu entkommen, die Gesundheit der Menschen zu verbessern und Diskriminierung zu überwinden. Die Ziele des SDG 4 stellen auch die Forderungen an die Politik, verantwortungsvoll zu handeln, denn Investitionen in Bildung sind wesentlich für die Entwicklung eines Landes und seiner Menschen.

Ausgangspunkt und Voraussetzung für die Entwicklung von effektiven Maßnahmen und Aktivitäten ist die Erhebung des Status-Quo und der Handlungsnotwendigkeiten in Bezug auf einzelne Ziele im spezifischen Landeskontext. Im Herbst 2016 wurde in den österreichischen Ministerien eine erste Bestandsaufnahme zu den SDGs gemacht. In einem Bericht des Rechnungshofs (Juli 2018) wurde diesbezüglich bemerkt, dass diese Bestandsaufnahme und Lückenanalyse der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht und dem Parlament darüber nicht berichtet wurde (RH 2018, S. 9).

Sustainable Development Goal 4
Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Zahlreiche zivilgesellschaftliche und entwicklungspolitische Organisationen kritisieren, dass eine strukturierte, vollständige und systematische Lückenanalyse für die Mehrheit der SDGs fehlt bzw. unzureichend ist, sodass die SDGs nicht zielgerichtet umgesetzt werden können (vgl. AG Globale Verantwortung, KOO, Ökobüro "Lobbybrief SDG

Umsetzung" von Juli 2017 abrufbar auf www.globaleverantwortung.at/stellungnahmen; SDG Watch Austria).

Für die Österreichische Forschungsförderung für Internationale Entwicklung erweist sich das bislang veröffentlichte nationale Indikatorenset zum SDG 4

nur eingeschränkt als aussagekräftig, denn einige Unterziele werden als bereits erreicht bzw. für Österreich als nicht relevant eingestuft, oder es wurden keine nationalen Indikatoren formuliert und auf das Fehlen von Daten verwiesen. Es ist daher notwendig, über reine statistische Indikatoren hinaus, qualitative Informationen heranzuziehen, die der Komplexität des SDG 4 gerecht werden (vgl. dazu ÖFSE 2018).

Runder Tisch des Parlamentarischen NordSüdDialogs am 22. Juni 2017 „SDG 4 – Wo steht Österreich in der Umsetzung?“

Der Parlamentarische NordSüdDialog (PNSD) leistet mit seinen Aktivitäten ein Beitrag zur Umsetzung der 2030 Agenda, insbesondere des SDG 4. Dieses wurde von den Partnerparlamenten als Schwerpunktthema gewählt und wird von der Joint Parliamentary Peer Group, bestehend aus jeweils vier Abgeordneten aus Österreich und Sambia, sowohl in den jeweiligen Ländern als auch im Erfahrungsaustausch behandelt.

Beim Runden Tisch des PNSD diskutierten befasste Stakeholder aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zum Status Quo des österreichischen Bildungssystems im Kontext des SDG 4. **Prof. Dr. Gottfried Biewer**, Vorstand des Instituts für Bildungswissenschaft der Universität Wien und Vize-Studienprogrammleiter der Lehrer*innenbildung im Verbund Nord-Ost, präsentierte seine Analyse einzelner Unterziele, die als Ausgangspunkt für den Diskurs und Umsetzungsmaßnahmen dienen kann.

„Die Erwartungen an die Schule betreffen vor allem soziale Kompetenz, interkulturelle Kompetenz und staatsbürgerlich demokratische Kompetenzen – letztere aufgrund von alarmierenden Entwicklungen, bspw. der geringen politischen Partizipation.“

Nationaler Bildungsbericht Österreich 2012

In einigen Bereichen erfüllt Österreich die Zielsetzungen bereits in vollem Umfang, etwa bei der Unterrichtspflicht für Kinder von 6 bis 14/15 Jahren. Beim Hochschulkooperationsprogramm APPEAR ist die österreichische Politik konzeptionell deutlich weiter, als das SDG 4 propagiert. Laut Prof. Biewer ist die vermutlich größte Herausforderung des Bildungssystems in Österreich, insbesondere in den Großstädten, die nötige Fokussierung auf die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, bei denen Armutslagen und ein familiärer Migrationshintergrund mit einer anderen Erstsprache als Deutsch einhergehen. Ressourcen für das Schulsystem sollten daher nicht gleichmäßig nach dem „Gießkannenprinzip“ verteilt, sondern verstärkt an denjenigen Orten eingesetzt werden, an denen soziale Problemlagen mit Auswirkungen auf das Bildungssystem kumulieren.

LÜCKENANALYSE ANHAND DER JEWEILIGEN UNTERZIELE

(4.1 bis 4.6 basierend auf der Präsentation von Prof. Biewer, 4.7. basierend auf dem Artikel von Prof. Wintersteiner)



SDG 4.1. Allen Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung ermöglichen, die zu relevanten und effektiven Lernergebnissen führt.

Österreich

- + Weitgehend öffentlich finanziertes Bildungssystem erleichtert sozialen Aufstieg aus bildungsfernen Elternhäusern
- Fehlende Unterstützungssysteme bei Problemlagen in kostenfreien weiterführenden öffentlichen Bildungsinstitutionen
- Selektion für unterschiedliche Schulformen mit 10 J. unter pädagogischen, sozialen und entwicklungspsychologischen Aspekten nicht zu rechtfertigen

Mögliche Reformansätze

- Selektion hinsichtlich der weiteren Schullaufbahn sollte erst ab 14 statt mit 10 Jahren erfolgen



SDG 4.2. Allen Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung sichern, die ihnen einen erfolgreichen Übergang in die Schule ermöglichen.

Österreich

- Frühkindliche Bildungsangebote für Kinder unter 3 Jahren nicht flächendeckend vorhanden
- Qualifikation des Fachpersonals in vorschulischen Bildungsinstitutionen weit unter europäischem Durchschnitt

Mögliche Reformansätze

- Bessere Qualifizierung des Fachpersonals im Vorschulbereich
- Etablierung einer tertiären Ausbildungsschiene auf Bachelor-Niveau
- Option weiterer akademischer Qualifizierung



SDG 4.3. Den gleichberechtigten Zugang aller Frauen und Männer zu einer erschwinglichen und hochwertigen fachlichen, beruflichen und tertiären Bildung einschließlich universitärer Bildung gewährleisten.

Österreich

- + Duales Bildungssystem führt zu hoher Quote bei Arbeitsmarktzugang
- Wegen mangelnder Ausgangskompetenzen gelingt es einer zu hohen Quote nicht, in vorhandenen Strukturen eine Ausbildung abzuschließen
- Quote weiblicher Studierender ist inzwischen höher als die männlicher Personen, aber Frauen studieren eher Fächer, die zu geringerem Einkommen und schlechteren Arbeitsmarktchancen führen
- Für Menschen mit Beeinträchtigungen fehlen adäquate Unterstützungssysteme im tertiären Bildungsbereich

Mögliche Reformansätze

- Etablierung und Ausbau persönlicher Assistenzsysteme für den tertiären Bildungssektor



SDG 4.4. Die Zahl der Jugendlichen und Erwachsenen wesentlich erhöhen, die über die entsprechenden Qualifikationen einschließlich fachlicher und beruflicher Qualifikationen für eine Beschäftigung, eine menschenwürdige Arbeit und Unternehmertum verfügen.

Österreich

- Für einzelne Gruppen, insb. Jugendliche/junge Erwachsene mit unzureichenden Kenntnissen in Kulturtechniken und bei Jugendlichen mit Beeinträchtigungen, gelingt dies nicht oder unzureichend
- Jugendliche mit intellektueller Beeinträchtigung werden über Sonderweg in einen Ersatzarbeitsmarkt geleitet, obwohl Effektivität alternativer Qualifikation („training on the job“) für regulären Arbeitsmarkt nachgewiesen ist

Mögliche Reformansätze

- Weitgehende Ersetzung des Ersatzarbeitsmarktes für Menschen mit Beeinträchtigungen (Werkstätten) durch Unterstützungsmaßnahmen auf allgemeinem Arbeitsmarkt



SDG 4.5. Geschlechtsspezifische Benachteiligungen in der Bildung beseitigen und den gleichberechtigten Zugang der Schwachen in der Gesellschaft (Menschen mit Behinderungen, Angehörigen indigener Völker und Kindern in prekären Situationen) zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen gewährleisten.

Österreich

- Kombination Migrationshintergrund, Armutslebenslagen und sprachliche Verschiedenheit zur Mehrheitsgesellschaft führt im Bildungsprozess zu gravierenden Benachteiligungen und Ausgrenzungseffekten
- Umsetzung schulischer Inklusion zu wenig unter der Perspektive der strukturellen Veränderung der regulären Schule geführt
- Weibliche Kinder, Jugendliche, Erwachsene bei Abschlüssen in allen Bildungsbereichen insgesamt erfolgreicher - dennoch existiert deutlicher Unterschied hinsichtlich Einkommen und Prestige gewählter Studien

Mögliche Reformansätze

- Keine weitere Aufnahme v. Kindern m. Beeinträchtigung i. Sonderschulen
- Aufbau inklusiver Unterstützungssystem in allen Regelschulen
- Priorisierung von Schulen mit schwieriger sozialer Zusammensetzung bei der Versorgung mit Lehrkräften, materiellen und räumlichen Ressourcen



SDG 4.6. Alle Jugendlichen und ein erheblicher Anteil der männlichen und weiblichen Erwachsenen haben ausreichend Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten erworben.

Österreich

- Insb. in großstädtischen Regionen verfügt ein Teil der Kinder/Jugendlichen über nicht ausreichende Literacy Kompetenzen (Migrationshintergrund in Kombination mit Armutslebenslagen und anderer Erstsprache)
- Für Schüler*innen mit Beeinträchtigungen endet Pflichtschulzeit zu früh; relevante Kenntnisse konnten nicht erworben werden

Mögliche Reformansätze

- Zusätzliche schulische Stützsysteme für Schüler*innen mit multiplen Problemlagen
- Wahl v. Erstsprachen als Schulfach
- Verlängerte Schulzeit bei Kindern mit Behinderungen



SDG 4.7. Alle Lernenden haben die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erworben, u. a. durch Bildung für nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt [...].

Österreich

- + Vielfältiges Engagement unterschiedlicher Akteur*innen mit zahlreichen Maßnahmen im Sinne des SDG 4.7. im formalen und non-formalen Bildungssystem (u.a. Fachbeirat Transformative Bildung/Global Citizenship Education d. UNESCO Kommission Österreich; Strategieguppe Globales Lernen)
- Derzeitige Ausrichtung der Politischen Bildung trennt Lokales, Nationales und Internationales
- Wenig Lehrstühle an Universitäten, wenig Forschung zum Thema

Mögliche Reformansätze

- Politische Bildung als selbständiges Unterrichtsfach in Sekundarstufe I und II;
- Verpflichtende Lehrer*innenfortbildung im Sinne des SDG 4.7
- Erstellen entsprechender Leitlinien für Curricula

Zusätzlich zu den dargestellten Reformansätzen in Österreich gibt es seitens der ÖFSE **Empfehlungen für den internationalen Kontext:**

- Erhöhung der Mittel der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (gemäß international vereinbartem 0,7% des BNE Ziel)
- Beteiligung an internationalen Initiativen, die

Recht auf Bildung in Flucht- und Notsituationen gewährleisten (z.B. „Education cannot wait Fund“)

- Lobbying für die Schaffung einer internationalen Steuerbehörde und für die Reform des internationalen Steuerregimes
- Gesetzgebung, in der die Kompatibilität und Kohärenz mit den SDGs für alle Gesetze überprüft wird

FAZIT

Einigkeit unter den Diskutant*innen herrschte darin, dass es ein deutliches Signal auf Regierungsebene braucht, um die SDGs politisch zu verankern und eine kohärente Implementierung zu fördern. Die SDGs müssten auf der politischen Prioritätenliste einige Stufen höher angesiedelt werden, so wie dies beispielsweise in Deutschland der Fall ist. Die SDGs sind auch bei der Bevölkerung (noch) nicht angekommen – vielfältige Informations- und Bewusstseinsbildung ist wichtig. Das Parlament und Abgeordnete könnten wesentlich zu einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit beitragen. Die schulische und außerschulische Bildungsarbeit müsste mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die jeweiligen Budgetvorschläge in Bezug auf Allokation und Wirkung zu untersuchen. Auch hier kann das Parlament wichtige Arbeit leisten. Die Regierung sollte dazu verpflichtet werden, in einer jährlichen Berichtslegung dem Parlament ausführlich Auskunft über den Stand der Implementierung der SDGs sowie über die kurz- und mit-

telfristigen Implementierungsschritte samt dazugehöriger Umsetzungsmittel zu geben. Dies müsste von Seiten des Parlaments gefordert werden!

Zahlreiche angesprochene Punkte decken sich mit den Forderungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie beispielsweise der Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung (www.globaleverantwortung.at) oder SDG Watch Austria (www.sdgwatch.at).

Quellen:

Biewer, Gottfried (2017): Bestandsaufnahme zur Umsetzung der SDG 4 in Österreich. Präsentation im Rahmen eines Runden Tisches des Parlamentarischen NordSüdDialogs am 22. Juni 2017 im Österreichischen Parlament. Abrufbar unter: www.nordsueddialog.org/aktivitaeten/oesterreich/veranstaltungen

Langthaler, Margarita und Michael Obrovsky (2018): Globale Entwicklungsziele und ihre nationale Realisierung am Beispiel des SDG 4 - Bildung für alle - in Österreich. Briefing Paper ÖFSE No. 17, Wien.

Wintersteiner, Werner (2017): Politische Bildung mit globalem Horizont. In: Parlamentarischer NordSüdDialog 43, S. 2-4.

Rechnungshof Österreich (2018): Nachhaltige Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, Umsetzung der Agenda 2030 in Österreich. 2018/34. Wien.



Editor: VIDC, Möllwaldplatz 5/3, 1040 Vienna, Austria
Content: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger
Layout and graphics: Ingrid Pranger
November 2018, www.nordsueddialog.org